Dienstvereinbarung zur Förderung von Qualifizierungsmaßnahmen

I. Allgemeine Vorschriften

Präambel

(1) Qualifizierung ist ein wichtiges Instrument der Personalentwicklung. Sie unterstützt einerseits gezielt die Einarbeitung und andererseits die Aktualisierung der Kenntnisse in der jeweiligen Funktion. Qualifizierungsmaßnahmen eröffnen auch die Möglichkeit, die Qualifikation für weitere, ggf. auch höherwertige Tätigkeiten zu erwerben. Schließlich soll Qualifizierung dazu beitragen, die persönliche Bereitschaft und Fähigkeit zur Anpassung an sich rasch ändernde Umstände in allen Lebensbereichen zu fördern und zu erhalten. Damit ist Qualifizierung auch eingebettet in die Strategie des lebenslangen Lernens.

(2) Ziel ist es, die Beschäftigten durch effektive und nachhaltige Qualifizierungsangebote zu fördern und zu unterstützen und somit zu befähigen, die an sie gestellten betrieblichen Anforderungen gut zu erfüllen und neue Aufgabenstellungen zu bewältigen. Die Beschäftigten werden bei der Auswahl von Qualifizierungsangeboten beraten und unterstützt.

§ 1 Geltungsbereich

Die Dienstvereinbarung gilt für alle Beschäftigten und Beamten [kurz: Beschäftigte] der Stadt Puchheim.

II. Qualifizierungsmaßnahmen

§ 2 Kategorien von Qualifizierungsmaßnahmen

(1) Qualifizierungsmaßnahmen sind entweder

- a) überwiegend im dienstlichen Interesse begründet (Kategorie I)
- b) bei dienstlichem Bezug der Maßnahme überwiegend im Eigeninteresse der Beschäftigten begründet (Kategorie II)
- c) ohne dienstlichen Bezug nur im Eigeninteresse der Beschäftigten begründet (Kategorie III)

(2) Die Zuordnung einer Qualifizierungsmaßnahme zu den in Abs. 1 genannten Kategorien erfolgt zunächst durch den Dienstvorgesetzten und abschließend durch die Personalabteilung.

(3) Überwiegend dienstliches Interesse liegt in der Regel vor, wenn die Teilnahme an der Qualifizierungsmaßnahme

- a) die Einarbeitung neuer Beschäftigter an ihrem Arbeitsplatz unterstützt oder ergänzt,
- b) der Aktualisierung, Ergänzung oder Weiterentwicklung von Qualifikationen und persönlichen Kompetenzen im Hinblick auf die Anforderungen der ausgeübten oder in Aussicht stehenden Tätigkeit dient oder

- c) der Vertiefung oder Erweiterung der fachspezifischen und fachübergreifenden Qualifikation und persönlichen Kompetenzen als Vorbereitung auf die konkrete Übernahme höherwertiger Aufgaben innerhalb der Stadtverwaltung erforderlich ist.

§ 3 Antragsverfahren

- (1) Qualifizierungsmaßnahmen sind schriftlich oder elektronisch zu beantragen.
(2) Der Antrag ist rechtzeitig, in der Regel drei Monate vor Beginn der Veranstaltung zu stellen.

§ 4 Bewilligung der Teilnahme, Förderung

Die Teilnahme an Qualifizierungsmaßnahmen der Kategorie I ist nur mit schriftlicher oder elektronischer Zustimmung der Personalabteilung zulässig, soweit diese im Rahmen des Arbeitsverhältnisses stattfindet bzw. nach dieser Dienstvereinbarung gefördert werden soll. Im Übrigen setzt eine Förderung von Qualifizierungsmaßnahmen eine individuelle Qualifizierungsvereinbarung voraus.

§ 5 Arbeitszeit

- (1) Die Anwesenheit bei Qualifizierungsmaßnahmen der Kategorie I ist Arbeitszeit (vgl. § 5 Abs. 6 TVöD i. V. m. § 5 Abs. 8 TVöD).
(2) Für die Dauer der Teilnahme an Qualifizierungsmaßnahmen der Kategorien II und III erfolgt Arbeitsbefreiung unter Fortzahlung des Entgelts nach Maßgabe des § 6. Ein Anspruch auf Freizeitausgleich, Mehrarbeits- oder Überstundenentgelt besteht nicht.
(3) Reisezeiten sind keine Arbeitszeit.

§ 6 Umfang der Arbeitsbefreiung, Entgelt

- (1) Für Maßnahmen der Kategorie II kann Arbeitsbefreiung von bis zu acht Arbeitstagen innerhalb von zwei Kalenderjahren gewährt werden.
(2) Für Maßnahmen der Kategorie III kann Arbeitsbefreiung von bis zu vier Arbeitstagen im Zeitraum von drei Kalenderjahren gewährt werden.
(3) Die Arbeitsbefreiung erfolgt in der Regel unter teilweiser oder vollständiger Fortzahlung des Entgelts (ohne Zuschläge etc.). Insbesondere wird berücksichtigt, in welchem Umfang Bildungsziele im Sinne der Präambel verwirklicht und inwieweit gemeinwohlorientierte Interessen verfolgt werden.
(4) Über den Umfang von Arbeitsbefreiung und Entgeltfortzahlung entscheidet die Personalabteilung. Es ist ein wohlwollender Maßstab anzuwenden.
(5) Die Einzelheiten sind in einer individuellen Qualifizierungsvereinbarung festzulegen.

§ 7 Erkrankung während der Arbeitsbefreiung

Erkrankt ein Beschäftigter unmittelbar vor oder während einer Maßnahme mit Arbeitsbefreiung gem. § 6 dieser Vereinbarung, so ist die durch eine ärztliche Bescheinigung nachgewiesene Zeit der Erkrankung nicht auf die Zeit der Arbeitsbefreiung anzurechnen.

§ 8 Kostenregelung

- (1) Bei Qualifizierungsmaßnahmen der Kategorie I trägt die Stadt Puchheim die Kosten einschließlich der nach dem Bay. Reisekostengesetz entstandenen Reisekosten.
- (2) Bei Qualifizierungsmaßnahmen der Kategorie II kann die Stadt Puchheim die Kosten ganz oder teilweise übernehmen.
- (3) Bei Qualifizierungsmaßnahmen der Kategorie III trägt der Beschäftigte die Kosten der Maßnahme.
- (4) Bei unentschuldigtem Fehlen eines Beschäftigten bei einer bewilligten Qualifizierungsmaßnahme der Kategorie II und III entfallen Arbeitsbefreiung und Kostenübernahme vollständig, ggf. schon bewilligte oder noch zu leistende Zahlungen hat der Beschäftigte zu ersetzen.
- (5) Die Einzelheiten zu Abs. 2 – 4 werden in einer individuellen Qualifizierungsvereinbarung festgelegt.
- (6) Alle Maßnahmen stehen unter Haushaltsvorbehalt.

§ 9 Individuelle Vereinbarung

- (1) Im Rahmen der individuellen Vereinbarung können insbesondere Regelungen über die Arbeitsbefreiung, die Fortzahlung des Entgelts, die Übernahme von Teilnahme- und Reisekosten sowie über die Rückzahlung der Förderung bei Ausscheiden innerhalb von Bindungsfristen oder wegen Nichtteilnahme oder Nichtbestehen getroffen werden. In begründeten Fällen kann in dieser Vereinbarung von den vorstehenden Regelungen abgewichen werden.
- (2) Für Maßnahmen nach § 2 Abs. 3 Buchstabe c, insbesondere für den Besuch von Beschäftigtenlehrgängen BL I und II, ist in der Regel eine Qualifizierungsvereinbarung erforderlich, die auch Regelungen für die Erstattung von Qualifizierungskosten einschließlich fortgewährten Arbeitsentgelts für die in Absatz 1 Satz 1 genannten Fälle enthalten muss.

§ 10 Beteiligung der Personalvertretung

Unbeschadet der einschlägigen Regelungen im Bayerischen Personalvertretungsgesetz wird der Personalrat jährlich über bewilligte Maßnahmen der Kategorien II und III schriftlich (z. B. unter Vorlage einer entsprechenden Tabelle) informiert.

§ 11 Nachweis der Teilnahme, Eingruppierung

- (1) Die Teilnahme an Qualifizierungsmaßnahmen ist nachzuweisen.
- (2) Über die tarifliche Eingruppierungsautomatik hinaus können Beschäftigte aufgrund der Teilnahme an Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen allein keine Ansprüche auf ein höheres Entgelt oder auf Übertragung einer höher zu bewertenden Tätigkeit herleiten.

§ 12
Betriebliche Gesundheitsförderung

Bis zum Erlass einer Dienstvereinbarung zur betrieblichen Gesundheitsförderung werden Beschäftigte, die während der Arbeitszeit an von der Krankenkasse anerkannten Präventions- oder ärztlichen Rehabilitationsmaßnahmen teilnehmen, an maximal fünf Arbeitstagen innerhalb von drei Jahren in dem notwendigen Umfang unter Fortzahlung des Entgelts freigestellt. Hierzu ist eine Vereinbarung zu treffen. Weitergehende gesetzliche Regeln bleiben unberührt.

§ 13
Inkrafttreten und Kündigung

(1) Diese Dienstvereinbarung tritt am 01.12.2019 in Kraft.

(2) Diese Dienstvereinbarung kann nur im Ganzen mit einer Frist von sechs Monaten zum Jahresende gekündigt werden. Die Nachwirkung wird ausgeschlossen

Puchheim, den

Norbert Seidl
Erster Bürgermeister

Norberth Rätcher
Personalrat